

BFS-FACHBEITRAG

03/18

Die Chance für eine Neubesinnung auf das Gemeinwohl Gemeinwohl-Ökonomie als Leitidee einer inklusiven Gesellschaft

Wilfried Knorr, Direktor Herzogsägmühle

Blick auf das Wirtschaften

Der Blick auf das Wirtschaften auf unserem Planeten zu Beginn des Jahres 2018 macht nicht nur Freude; Sorgen bereiten den Menschen vor allem

- das Auseinanderklaffen zwischen Reich und Arm: sowohl national, als auch international geht diese Schere immer weiter auf. Wenige Milliardäre (die jüngste Oxfam- Studie aus dem Januar 2017 spricht von 8 Menschen) besitzen so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Erdbevölkerung, also 4 Milliarden Menschen. Die jüngste Bertelsmann-Studie aus dem August 2017 konstatiert für Deutschland, dass die soziale Marktwirtschaft Einkommensungleichheiten zunehmend verstärkt.
- die Tatsache, dass nicht mehr alle Menschen am Wohlergehen einer Gesellschaft teilhaben, sondern zunehmend mehr Menschen abgehängt werden; selbst im wohlhabenden Deutschland bekommt das Thema „Altersarmut“ immer mehr Brisanz, zudem ist die Verweildauer in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen kontinuierlich gestiegen. In internationaler Perspektive verfügen mehr als 2 Milliarden Menschen über weniger als 3 Dollar/Tag, jede dritte Person hat keinen Zugang zu Toiletten, eine von 11 Personen hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, jedes sechste Kind zwischen 12 und 15 Jahren geht nicht zur Schule.
- die reine Wachstumsorientierung der Wirtschaft, die keine Antworten auf das Problem endlicher Ressourcen und globaler Umweltzerstörung findet; kurzfristiger wirtschaftlicher Erfolg genießt hohe

Renditeerwartungen (Quartalszahlen bestimmen Managergehälter), langfristiges Nachhaltigkeitsdenken findet wenig Belohnung. Der Ressourcenverbrauch bedeutet, dass die gegenwärtige Generation lebt, als gäbe es 1,5 Planeten Erde. Der Anstieg des CO² Ausstoßes pro Kopf mit den Folgen des Klimawandels kann kaum gebremst werden. 20% der Bevölkerung verbrauchen 80% der Energieressourcen.

Spätestens seit 2010 ist (ausgehend von den Ende des 20. Jahrhunderts im Club of Rome erstmals formulierten wachstumskritischen Thesen) eine alternative Gegenbewegung zu beobachten, die unbedingt Respekt verdient und die es lohnt, sorgfältig weitergedacht zu werden: Die „Gemeinwohl-Ökonomie“ (GWÖ), deren Vordenker der österreichische Buchautor Christian Felber ist. Herzogsägmühle hat als erstes Unternehmen der Freien Wohlfahrtspflege eine extern zertifizierte Gemeinwohlbilanz erstellt (veröffentlicht auf www.herzogsaegmuehle.de); ich skizziere im Folgenden die wesentlichen Eckpunkte der Idee der Gemeinwohl-Ökonomie, beschreibe den Umsetzungsprozess und gehe anschließend darauf ein, warum dieser Ansatz wesentliche Hinweise für die künftige Finanzierung der Sozialen Arbeit gibt.

Das Konzept der GWÖ:

Erster Kernsatz: Geld ist Mittel zum Zweck, nicht aber Selbstzweck. Geld ist Tauschwert, nicht Nutzwert. Unser Wirtschaftssystem hat aber dem Geld den Stellenwert des Ziels zugewiesen, deshalb strebt jedes Unternehmen nach mehr Geld, mehr Umsatz, mehr Gewinn. Andere Werte wie Nachhaltigkeit, umweltschonende Produktion, Beteiligung der Mitarbeitenden am Gewinn (nicht der Aktionäre), Mitbestimmungsrechte, Erhalt der Arbeitsplätze in einer Region rücken vergleichsweise in den Hintergrund. Die Finanzbilanz, möglichst „triple A“ in Abhängigkeit des wirtschaftlichen Erfolgs eines Unternehmens, reguliert den Zugang von Unternehmen zum Kapitalmarkt. Diese falsche Ordnung „Geld = Wert“ ist umzukehren: Entscheidend soll die Gemeinwohl-Bilanz sein, die den regionalen und universalen Nutzen eines Unternehmens, seine umweltschonende Produktion, seine Haltung zu menschlichen Werten statt der Finanzergebnisse – also den ethischen Erfolg unternehmerischen Handelns – messen soll. Die Güte der Gemeinwohlbilanz wird Grundlage der Besteuerung von Unternehmen, von Zoll-Sätzen und Zinsbedingungen bei Banken – eine gute Gemeinwohlbilanz bietet damit wirtschaftliche Anreize, ethisch verantwortungsloses Handeln verliert seine Attraktivität.

Zweiter Kernsatz: Für das Wirtschaften von Unternehmen sollen die Werte handlungsleitend sein, die auch unsere sonstigen menschlichen Beziehungen bestimmen sollen: Vertrauen statt Vorteilnahme, Kooperation statt Verdrängung von Wettbewerbern, Solidarität mit Schwächeren statt Recht des Stärkeren. Unternehmen, die sozial denken und handeln, beispielsweise indem sie in ihre Produktionsprozesse die Vergabe von Aufträgen an Werkstätten für Menschen mit Behinderungen einbinden, verbessern dadurch ihre Gemeinwohlbilanz, statt dass sie ihre Finanzbilanz schwächen und damit wirtschaftliche Nachteile hinnehmen.

Dritter Kernsatz: Wir beurteilen die Produktion hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit, der ressourcen- und umweltschonenden Bedingungen und den Rahmenbedingungen der Arbeitsplätze und bewerten so den Wert eines Unternehmens für die Region. Bewusst werden damit andere Kriterien neben die Spielregeln der Globalisierung gesetzt und höher gewichtet. Auf die Produkte, die im Markt angeboten werden, kleben wir eine Ge-

meinwohl-Ampel, mit deren Hilfe die Konsumenten auf einen Blick erkennen, ob das Produkt von einem Unternehmen mit guter oder schlechter Gemeinwohlbilanz stammt. Wir setzen damit Anreize für ein verändertes, an ethischen Kriterien ausgerichtetes Konsumentenverhalten – so wie die Einführung der Energieklassen-Aufkleber auf Kühlschränken, Waschmaschinen oder Geschirrspülern die Energieschleudern aus dem Markt verdrängt und sparsame Produkte stärker nachgefragt werden.

Mit diesem Teil ihrer Theorie ist die Gemeinwohl-Ökonomie ganz nah an den Ergebnissen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die in der Legislaturperiode 2009-2013 sich mit „Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität“ auseinandersetzte: Übereinstimmend plädierten alle Fraktionen und Wissenschaftler dafür, die reine Orientierung am Bruttoinlandsprodukt und der Schuldenquote als Maßstab für „Erfolg und Wohlstand“ aufzugeben und ökologische Kriterien (Erhalt der Artenvielfalt, Schadstoffausstoß) wie auch soziale Kriterien (Bildungschancen, Freiheitsindizes und Einkommensverteilung) mit zu gewichten. Zudem knüpft die GWÖ nahtlos an die internationalen Forschungen zur post-Wachstums-Gesellschaft, zum „happy planet index“ oder zum „Bruttonationalglück“ an.

Die Wirkung im Sozialraum:

Die GWÖ bietet aber noch einen weiteren unschätzbaren Vorteil: Wenn Unternehmen für die Ausgestaltung und Tragfähigkeit des sozialen Netzes in der Region mit verantwortlich sind und ihre Gemeinwohlbilanz sich bei hohem Einsatz für die Qualität sozialer Arbeit verbessert, dann haben Unternehmen plötzlich wirtschaftliche Vorteile von ihrem sozialen Engagement. So kann die Beauftragung einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen den Auftraggebern z.B. aus der Automotiveindustrie einen wirtschaftlichen Vorteil bieten und gleichzeitig die Tragfähigkeit des Sozialen Netzes vor Ort steigern – Menschen mit Beeinträchtigungen haben einen sicheren Arbeitsplatz, Träger der Freien Wohlfahrt eine auskömmliche Finanzierung.

Unternehmen müssen ja ein Interesse daran haben, dass auch künftig ausreichend viele und gut qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen und die Produktion im Sozialraum gehalten werden kann. Das funktioniert grundsätzlich nur, wenn das soziale Netz in der Region nicht löchrig wird – ohne Kitas oder Altenpflegeeinrichtungen können Fachkräfte nicht mit ihren Familien im Sozialraum existieren. Die Bedeutung und der Wert Sozialer Arbeit im Allgemeinen und damit auch die Entlohnung von Altenpflegerinnen, Erziehern oder Sozialpädagoginnen werden sich verbessern, die Attraktivität sozialer Berufe wird steigen.

Der konkrete Weg zur Bilanz:

Nach dem Studium des Grundlagenbuchs „Gemeinwohlökonomie“ (C.Felber) entschied sich die Leitungs-konferenz in Herzogsägmühle, in Kooperation mit der Evangelischen Hochschule Nürnberg 3 Workshops zu absolvieren und ca.40 Führungskräfte mit der Gemeinwohlmatrix, den zu erfassenden Daten und den Fragen aus dem GWÖ-Handbuch vertraut zu machen. Mit überwältigender Mehrheit entschied danach diese Gruppe, einen Gemeinwohlbericht zu schreiben und zur Bilanz anzumelden. Im Erstbericht wurden nun alle Fragen zu den Werten der GWÖ und den Berührungsgruppen von Herzogsägmühle durchgearbeitet und beantwortet. Von der Lieferantenbeurteilung, über die innerbetriebliche Einkommensspreizung, von Mitentscheidung im Unternehmen und innerbetrieblicher Transparenz bis zu der Energieversorgung des Ortes und

der Förderung ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden wurden alle innerbetrieblichen Prozesse analysiert und bewertet. Dabei traten Schwachstellen auf (z.B. ein zu großer Anteil von Plastikverpackungen im Herzogsägmühler Einkaufsmarkt), Entwicklungspotentiale wurden definiert (z.B. Stromspeicherung statt Einspeisung aus Blockheizkraftwerken), aber auch bereits bestehende Stärken (ethische Kundenbeziehung, Sinn und gesellschaftlicher Nutzen der Produkte und Dienstleistungen) wurden festgehalten.

Der vom Direktor in Herzogsägmühle geschriebene Erstbericht wurde in drei Zukunftskonferenzen im Unternehmen breit diskutiert, verändert, überarbeitet; der daraus entstandene Gemeinwohlbericht wurde im Herbst 2016 bei der GWÖ in Wien zur Zertifizierung angemeldet. Am 01.03.17 war das Audit, nach den erforderlichen Nacharbeiten wurde das Testat im Juli 2017 mit 428 (von max. 1000 möglichen) Punkten erteilt.

Die Erfahrung zeigt:

Weit wichtiger als dieses Ergebnis war der Prozess – der weiterhin andauert. Überlegungen zur besseren Auslastung von Dienst-KFZ gehören ebenso dazu wie die Förderung gesundheitsbewussten Verhaltens durch Leasing-Fahrräder als Teil einer Gehaltsumwandlung, die Etablierung von Beteiligungsstrukturen der Dorfbewohner und der Umstellung der Verpackung im Markt. Die Anstrengungen lohnen sich – Zeitungen und Fernsehen berichteten vom „Pionierunternehmen der GWÖ Herzogsägmühle“.

Ziel

Ziel muss es sein, dass künftig sehr viele diakonische Unternehmen selbst eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen, ihre Prozesse z.B. in der Beschaffung, in der Energieversorgung, in Mobilitätskonzepten kritisch beleuchten und nach Nachhaltigkeitskriterien neu ausrichten und sich zudem über ihre Erfahrungen austauschen. Diakonische Unternehmen werden so ökologischer, vernünftiger - aber nicht in jeder Hinsicht teurer! Herzogsägmühle hat deswegen 2016 den Erstbericht nach den Vorgaben der GWÖ erstellt, der im Sommer 2017 auditiert wurde. Die Gemeinwohlbilanz, die nunmehr vorliegt, gibt zum einen Auskunft über die Qualität des unternehmerischen Handelns im Blick auf die Werte Ökologie, Soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde und Transparenz, zum anderen wertvolle Hinweise auf Verbesserungspotentiale im Blick auf die Mitarbeitenden, auf ethische Kundenbeziehungen, auf ethisches Finanzmanagement und auf Nachhaltigkeitsprinzipien im Wirtschaften. Für Sozialunternehmen bietet der Prozess einer Gemeinwohlbilanzierung zudem größte Chancen in der Bindung der Führungskräfte aus der Generation Y sowie hervorragende Möglichkeiten der Unternehmensentwicklung mit überschaubarem Ressourceneinsatz.

Dieser Wertehorizont der Gemeinwohl-Ökonomie und ihre gesellschaftspolitischen Ideen sind auch für die Diakonie von besonderer Bedeutung. Deshalb befasst sich nicht nur Herzogsägmühle als soziales Unternehmen mit den Grundaussagen der Gemeinwohlökonomie, sondern auch das Diakonische Werk Bayern und die Diakonie auf Bundesebene. Eine glaubwürdige sozial- und wirtschaftspolitische Stellungnahme – anwaltschaftlich für die Armen und Benachteiligten – ist für die Wohlfahrtsverbände solange erschwert, wie diese als Marktteilnehmer einfach die Regeln des kapitalistischen Marktes kritiklos hinnehmen. Kann hingegen die Diakonie an prominenter Stelle an der Ausarbeitung eines alternativen, gerechteren und nachhaltigen

geren Wirtschaftssystems mitwirken, steigen ihre politische Glaubwürdigkeit und das Gewicht ihrer Stellungnahmen wieder an.

In einem weiteren, gesellschaftspolitisch relevanten Schritt ist konsequenter Weise nunmehr die Anschlussfähigkeit der Prinzipien der GWÖ an parlamentarische Mehrheiten anzustreben. So empfahl 2016 auch der europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) mit überwältigender Mehrheit (8659) den nationalen Regierungen, die Grundgedanken der GWÖ in nationales Recht zu überführen. Dafür braucht es politische Willensbildungen, die auf Mehrheiten fußen. Wenn große Parteien in ihre Wirtschaftsprogramme die Annahmen der Gemeinwohl-Ökonomie aufnehmen (wie z.B. im Koalitionsvertrag der Grün-Schwarzen Landesregierung in Baden Württemberg; aber auch in Salzburg oder Valencia schon geschehen), kann bald schon auch mit Hilfe des Gesetzgebers die gegenwärtige Schiefelage, die sich aus einem unregulierten Finanzmarkt und einer marktradikalen globalisierten Wirtschaftspolitik ergibt, korrigiert werden und der Mensch mit seinen umfassenden Bedarfen nach Lebenssinn, Bewahrung der Schöpfung und Ausgleich von Ungerechtigkeiten in den Mittelpunkt des Wirtschaftens rücken.

Die bayerische Verfassung formulierte das bereits 1946 in Artikel 151: Alles Wirtschaften dient dem Gemeinwohl!

Autor:

Wilfried Knorr, Direktor Herzogsägmühle, Vorstandsmitglied Innere Mission München – Diakonie in München und Oberbayern e.V.

www.herzogsaegmuehle.de

Dieser Beitrag wurde veröffentlicht in der BFS-Info 3/18.

Impressum

Bank für Sozialwirtschaft
Aktiengesellschaft
Wörthstraße 15 – 17
50668 Köln

Registereintrag für den Sitz Köln
Handelsregister des Amtsgerichts Köln
Registernummer HRB 29259

Registereintrag für den Sitz Berlin
Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg
Registernummer: HRB 64059
Umsatzsteuer-ID: DE 136634199

Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz (Vorsitzender)
Thomas Kahleis | Oliver Luckner

Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Matthias Berger

Kontakt

Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-219
E-Mail bfs@sozialbank.de

Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Sitz Bonn
Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn

Wir sind Mitglied im Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken - BVR und der Sicherungseinrichtung angeschlossen.

Haftung und Copyright

Der vorliegende Bericht enthält Angaben, Analysen, Prognosen und Konzepte, die den Kunden zur unverbindlichen Information dienen. Es handelt sich hierbei um keine juristische oder sonstige Beratung und stellt kein Angebot jedweder Art dar. Eine Gewähr für die Richtigkeit und inhaltliche Vollständigkeit der Angaben kann von uns nicht übernommen werden.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft AG unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.